

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Preis: 10 Pfennig (für den Monat 30 Pfennig, halbjährlich 1,50 RM., durch die Post bezogen monatlich 1,70 RM. Jahresabonnement 17,50 RM. / Verlag: „Arbeiterstimme“ Dresden-N. / Geschäftsstelle und Expedition: Dresden-N. 2 / Bernsdorfer-Straße 17/18 / Postfach 11333, Emil Schlegel-Straße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höchster Dringlichkeit kann der Druck auf Verlangen der Redaktion auch an Feiertagen stattfinden / Die „Arbeiterstimme“ ist ein Organ der KPD / Die Redaktion: Dresden-N. / Bernsdorfer-Straße 17/18 / Postfach 11333, Emil Schlegel-Straße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höchster Dringlichkeit kann der Druck auf Verlangen der Redaktion auch an Feiertagen stattfinden / Die „Arbeiterstimme“ ist ein Organ der KPD / Die Redaktion: Dresden-N. / Bernsdorfer-Straße 17/18 / Postfach 11333, Emil Schlegel-Straße 2

3. Jahrgang Montag, den 28. Februar 1927 Nummer 49

Die Antwort der Sowjets

Vorwärts im Leninismus zu den Massen

Im Sonnabend und Sonntag tagte der Bezirksrat der KPD des Bezirks Ostschlesien. Der Bezirksrat erzielte dadurch keine besondere Bedeutung, doch er war dem 11. Parteitag der KPD Vorarbeit, dem Parteitag, der den Konsolidierungs- und Festigungsprozess abschließen und die Partei zu einem höheren Reifestadium und zu konkreter revolutionärer Arbeit führen soll. Wie stehen im Zeichen der Tages- und brutal durchgeführten Nationalisierung, der Stabilisierung, wenn auch der relativen. Recht gilt es zu sagen, daß auch unter diesen Verhältnissen die Partei zur Massenpartei zu werden vermag, wenn sie es versteht, konkret an die praktischen Aufgaben anknüpfend, die Massen auf den Weg zur Machteroberung nicht nur hinzuweisen, sondern auch zu führen.

Daß die deutsche Bourgeoisie nach ihrem Wiedererwachen von imperialistischen Märkten alle Kräfte anspannt, um die Bewegung zu vernichten, ist jedem Genossen klar. Im aber auf der anderen Seite die Gegenkräfte stark genug sind, den Gegner zu schlagen, das zeigt insbesondere die letzte Bewegung der Metallarbeiter, das zeigt das Zusammenwachsen des Kampfwillens breiterer Arbeiterkreise, die sich der kapitalistischen Ausbeutung entgegenstellen. Die Aufgabe der Partei ist es, die Massen zu gewinnen, sie unter ihrer Führung zu sammeln. Dazu ist es notwendig, daß die Partei eine feste, in sich geschlossene Partei mit einer einheitlichen Auffassung wird. Die Partei hat auf diesem Wege einen gewaltigen Schritt vorwärts gemacht, der 11. Parteitag wird unter die Reihe der inneren Konsolidierungs- und Festigungsarbeiten umfassen. Die Arbeiterbewegung ist, wie schon ist die Partei in sich konsolidiert. Jetzt gilt es, für sie noch Mängel zu beheben, um sie zu überwinden. Diese Aufgabe wird der 12. Parteitag erledigen, er wird Richtung und Weg weisen.

Unter diesem Eindruck stand auch gestern der Bezirksrat der KPD Ostschlesiens. Der Bezirksrat zeigte in seinem Beschlusse ein gewaltiges Anwachsen der Klasse und Festigung der Partei in Ostschlesien. Stand der vorletzte Bezirksrat noch vor der Aufgabe, einen vollständigen Wechsel in der Führung vornehmen zu müssen, hand der vorletzte Bezirksrat noch im Zeichen der Schwächen und Mängel der Partei, so zeigte der gestrige Bezirksrat eine geradezu erschütternde Überwindung dieser Mängel. Der Bezirksrat stand im Zeichen einer inneren Festigkeit und einer massenhaften Kraft, wie auch engerer konkreter Arbeit. Diese die Ziele und Taktik der Partei behaltend, vollzieht die Partei eine Erneuerung bei allen Delegierten. Eine wohl aus dem Bewußtsein an 1923 erarbeitete Resolution wurde als Entschlossenheit von Stambler und Thälheimer zur literarischen Mitarbeit wurde mit 79 gegen 9 Stimmen angenommen. Die überwiegende Mehrheit der Delegierten brachte damit zum Ausdruck, daß sie die Partei für stark und fest halten, daß sie nicht wieder in die Fehler von 1923 verfallen können werden kann. Nach der Ablehnung ihrer Resolution in dieser Frage stimmten denn auch die neun Delegierten für die Gesamtresolution der Bezirksleitung, die mit heute an anderer Stelle zum Abdruck bringen.

Der Bezirksrat zeigte auch auf organisatorischem Gebiet ein Anwachsen und einen Fortschritt. Die Zahl der Mitglieder ist insbesondere in Dresden im Ansteigen. Die Organisation breiterer Teile der Mitglieder wächst. Die organisatorische Konsolidierung schreitet mit der politischen Festigung der Partei im Bezirk fort. Die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit läßt noch eine Reihe Mängel erkennen, aber und da zeigt sich noch eine vorübergehend wieder hier und da erscheinende, zum Teil eine Folge von Entlassungen aus den Betrieben. Der Bezirksrat legte die Maßnahmen fest, die die Organisation wieder ins umgekehrte Verhältnis bringen. Auch in der Gewerkschafts-

Zurückweisung der englischen Provokation

Auf das Ultimatum, das die englische Regierung der russischen Regierung überreichte und in dem England eine offene Drohung gegen Rußland aussprach hat die Sowjetregierung den Tories jetzt ihre Antwort gegeben. Die Sowjetregierung erklärt, die Sowjetregierung habe wiederholt den konkreten Nachweis über die englischen Forderungen verlangt. Die britische Regierung sei dem jedoch nicht nachgekommen, das sei eine Verletzung der 1923 eingegangenen Verpflichtung Lord Cursons. Die letzte britische Note zählte lediglich eine Reihe politischer Forderungen konservativer Staatsmänner auf. Es sei eine willkürliche Erweiterung der bestehenden Vereinbarungen, die auch auf mündliche oder in der Presse veröffentlichte Versicherungen innerhalb der Sowjetunion ausgedehnt. In der Sowjetpresse oder in sonstigen russischen Versicherungen sei nichts enthalten, was den Interessen der konservativen Regierung gegen die Sowjetregierung gleiche. Die Annahme und Einräumung der Außenpolitik der britischen Regierung, sowie prinzipielle Ausführungen von englischen Parteiführern über die Unmöglichkeit der Weltrevolution und über die Bedeutung der national-revolutionären Bewegung im Osten könne nicht als anti-britische Propaganda angesehen werden.

Die englische Regierung weiche bewußt von den allgemein üblichen internationalen Normen und Grundsätzen ab und verstoße gegen die elementarsten Anstandsregeln ab.

Die britische Regierung erlaube sich, mit der Sowjetregierung im Tone einer Drohung mit einem Ultimatum zu reden und die Verfassung der Sowjetunion zu ignorieren, indem sie mit ihren Worten fortwährend verurteilende Parteiführer oder selbst internationale Anstalten an die Stelle der formellen Meinungen der Sowjetunion zu setzen.

Es habe sich ferner ein unerhörtes und verwerfliches Verhalten gegenüber Sowjetrußland erlaubt.

Die Note weist auf die neuen Enthüllungen über die Verletzung einer Verständigung einzelner Mitglieder der englischen Regierung mit ehemaligen russischen Diplomaten und Vertretern der Gegenrevolution hin und erklärt dann: Der englisch-sowjetische Handelsvertrag, wie auch die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen habe den Interessen beider Länder entsprochen. Wenn die britische Regierung ausbeute, daß der Abbruch der englisch-russischen Beziehungen

dem britischen Volk und der Sache des allgemeinen Friedens zum Vorteil diene, so werde sie naturgemäß dementsprechend handeln und die volle Verantwortung für die Wirkung übernehmen müssen. Zum Schluß bekräftigt die Sowjetregierung die Erklärung Krasins, daß es erwünscht sei, sämtliche Differenzen zu beheben und die Wiederherstellung vollkommen normaler Beziehungen durchzuführen. Die Sowjetregierung werde ein Entgegenkommen der britischen Regierung auf dem Wege zum Frieden aufrichtig begrüßen. Die Sowjetregierung unterstreicht, daß die russische Politik sowohl im nahen, wie im fernem Osten durchaus friedlichen Charakter trage. Die Sowjetregierung sagt in ihrer Note, sie könne ihren Mitarbeitern nicht verbieten, anderen unterdrückten Völkern ihre Sympathie auszusprechen.

Die Sowjetregierung enthüllt die provokatorische Natur der britischen Regierung, indem sie die Konstruktion der Engländer aufdeckt, die bewußt die Regierung mit den Organen der KPD und der 3. Internationale verwechseln. Die britische Regierung würde sich sicherlich dafür bedanken, wenn man sie verantwortlich machen würde für Ausführungen konservativer Regierungsmitglieder in den konservativen Klubs. Die Sowjetunion zeigt den konservativen Briten aber auch, daß Rußland eine starke Macht der Arbeiter und Bauern darstellt, die es nicht notwendig hat, die Verleumdung ihrer Vertreter hinzunehmen. Nur der starke Friedenswille und die Kraft der Sowjetunion vermag es, gegenüber den Frechheiten der imperialistischen Staat leude an Entsat den wertigen roten. Der Zweck der Note war Rußland zu provozieren, um einen Grund zum kriegerischen Angriff zu erhalten. Die Sowjetregierung hat der britischen Regierung die Waffe aus der Hand genommen. Gestützt den Imperialisten aber nach Krieg, sie mögen sich lagern lassen. Sowjetrußland ist getragen und geschützt von der Sympathie des Weltproletariats, auch des englischen.

Die Massen demonstrieren gegen die Klassenandrohung gegen die Sowjetunion. Die Roten Arbeiter erklären die Sowjetunion wünschliche keinen Krieg, stelle man sie aber an, dann werde die ganze Nation aufstehen. Die Garnisonen von Charkow und Moskau haben eine Resolution angenommen, in der sie erklären, daß Rußland zur Abwehr und zum Angriff bereit ist. Die russische Regierung sollte den hochmütigen englischen Staatsleuten die rechte Antwort geben.

Englische Heere gegen Sowjetrußland

London, 28. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Lord Birkenhead hielt in den letzten Tagen eine scharfe anti-russische Rede und erklärte im konservativen Klub seiner Heimatstadt, daß der Name Rußland in der ganzen Welt zum Schimpfwort geworden und Rußland selbst ein Land geworden sei, in dem es keine Gerechtigkeit und kein Recht gibt und wo öffentliche ja täglich von einem gebietenden Revolutionärs-Morde befohlen und ausgeführt werden.

Diese unverhüllte Heere soll dazu dienen, die Bewegung der Massen gegen Rußland einzuschüden. Den britischen imperialistischen Klassenbeherrschern wird das nicht gelingen. Die konservativen Mitglieder der Regierung verschämen jetzt ihren Druß. Sie verlangen Abbruch der Beziehungen, der Ton der Antwortnote sei unerträglich. Die Tories verlangen auf ihre Frechheiten eine Unterwerfung der Sowjetunion. Sie wollen Tosen und Wut gegen Rußland heizen. Erst vor wenigen Tagen waren Vertreter des englischen Generalstabes in Danzig, wo sie mit Polen über ein Militärbündnis verhandelten.

Massenfundgebung der Erwerbslosen

Mittwoch, den 2. März, nachm. 4 Uhr, in der „Reichskrone“, Dresden-N. Gegen das Heberstundenunwesen! Gegen den Unterhaltungsraub durch die Erwerbslosenversicherung! Für die Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozess! Für eine 40prozentige Erhöhung der Unterhaltungsätze! Erwerbslosenausschuß.

Für den Leninismus

Resolution des Bezirksparteitags zur politischen Lage und Aufgabe / Die internationale Lage

Der am Sonnabend und Sonntag stattfindende Bezirksparteitag der KPD Ostpreußen nahm folgende Entschließung einstimmig an:

Der grundlegende Widerspruch des Nachkriegskapitalismus ist der Widerspruch zwischen den Produktions- und Absatzmöglichkeiten. Dieser Widerspruch drückt der weltwirtschaftlichen und wirtschaftlichen Lage der Gegenwart ihren Stempel auf.

Durch die Industrialisierung der Kolonien und der zurückgebliebenen Länder als Folge des Krieges, durch das Ausweichen eines Teils des Erdballs aus dem kapitalistischen System (Sowjetrußland), durch die revolutionäre Befreiungsbewegung in den Kolonien und Halbkolonien sind die Absatzmärkte des Kapitalismus enger geworden.

Die Massenarbeitslosigkeit, die Senkung des Reallohnes, die Vernichtung des Mittelstandes durch die Inflation hat auch den inneren Markt der kapitalistischen Länder Europas stark eingeengt.

Andererseits zeigte durch die kapitalistische Rationalisierung der Nachkriegskapitalismus eine gewaltige Ausdehnung der Produktionsmöglichkeiten. Während der „normale“ Kapitalismus der Vorkriegszeit, d. h. der aufsteigende Kapitalismus, die in seiner eigenen Entwicklung begründeten Krisen durch Erweiterung des Marktes überwand, sieht dem Kapitalismus von heute dieser Weg nicht mehr offen, weil die Welt unter den imperialistischen Machtegruppen aufgeteilt ist.

Der Konkurrenzkampf der internationalen Kartelle, Monopole und Trusts um die vorhandenen Märkte muß immer erbitterter werden und die imperialistischen Gegensätze verschärfen.

Der englische Imperialismus hat durch den Krieg seine vorherrschende Stellung in dem imperialistischen Machtefeldern an die Vereinigten Staaten von Nordamerika abtreten müssen. Die Folgen dieses Zurückdrängens Englands durch Nordamerika zeigen sich in einer chronischen, seit 1918 dauernden Massenarbeitslosigkeit, in gewaltigen Wirtschaftskrisen des englischen Proletariats, in deren Verlauf die älteste Arbeiterklasse der Welt stark revolutioniert wurde. Um die Arbeiter zur Ruhe zu bringen, muß der englische Imperialismus besonders aggressiv die Vorbereitung neuer Kriege betreiben. Die Truppenbewegungen nach China, das diplomatische Ränkepiel Englands in den westlichen Rand- und Nachbarstaaten Sowjetrußlands: die geförderte Herrschaft Putschisten in Polen, die Aufstände in Litauen, die Umsturzvorbereitungen im Golde Englands in Lettland und Finnland, — diese und andere Erscheinungen signalisieren neue Kriegsgeschehnisse, um Sowjetrußland, den Capiteles der Weltrevolution, zu vernichten, um ihn als Absatzmarkt offenzuhalten, oder um durch einen imperialistischen Krieg zu einem größeren Anteil der Rohstoffquellen und Absatzmärkte zu kommen.

Die gegenwärtige Weltlage zeigt, daß die These Lenins vom niedergehenden, absterbenden Kapitalismus, vom Imperialismus als einer Epoche des Krieges und der proletarischen Revolution sich glänzend bewährt hat. Ein neuer imperialistischer Krieg der verschiedenen Machtegruppen untereinander oder der Imperialisten gegen Sowjetrußland ist absolut unvermeidlich, wenn ihm die proletarische Revolution nicht zuvor kommt.

Die deutsche Außen- und Innenpolitik wird durch diese internationale Lage bestimmt. Bei dem nahenden Kampfe um die Neuverteilung der Welt will die deutsche Bourgeoisie ihren „Platz an der Sonne“ wiedererobern. Die Wiedererrichtung eines deutschen Imperialismus wird Deutschland unvermeidlich in ein neues imperialistisches Kriegsbenteuer hineintreiben.

Die Konzentration der kapitalistischen Macht findet ihren vollkommenen Ausdruck im Bürgerkrieg, einem entscheidenden Schritt zur imperialistischen Reorganisation der Staatsmacht. Als Instrument der großen Trusts, als Kampforge gegen die Arbeiterklasse hat die Regierung des Bürgerkriegs die Aufgaben, die kriegerische Großmachtspolitik zu entfalten, die Reichswehr zusammen mit den militärischen Geheimverbänden in ein zuverlässiges Werkzeug der sowjetfeindlichen Machenschaften umzuwandeln, das Wirtschaftsprogramm der Unternehmer durchzuführen, alle Ueberreste der Novemberrevolution zu liquidieren, die Arbeiterbewegung durch Verbot, Verfolgungen und Terrormaßnahmen niederzuschlagen.

Die kapitalistische Rationalisierung bedeutet härtere Ausbeutung der Arbeiter im Betrieb, Anwachsen der Erwerbslosenarmee und ein Hinabsinken breiterer Schichten des Mittelstandes in das Proletariat.

Die Verschärfung der Klassengegensätze und die Verschiebung der Klassenkräfte gehen rasant vorwärts. Der Metallarbeiterkampf in Sachsen, die uneheligen Bewegungen in allen Industriezweigen zur Eroberung des Achtstundentages zeigen deutlich ein Widererwachen des Kampfes in der deutschen Arbeiterklasse. Die Wahlen in Sachsen sind zudem ein Beweis, daß die Parteien der Großbourgeoisie ihren Einfluß auf breite Mittelschichten verlieren. Materiell und ideologisch nähern sich die wertigen Mittelschichten dem Proletariat. Die Ausbeutung der Verbraucher durch die Preispolitik der Trusts, die von der Trustbourgeoisie in Anwendung gebrachte Ausraubung der Mittelschichten durch gewaltige Steuerlasten, revolutioniert die kleinen Bauern, die Kleinrentnerbetriebe und breite Teile der intellektuellen Berufe. Je mehr die von der SPD und den Gewerkschaftsführern genährten Illusionen schwinden, die die Massen an die Stabilisierung und Gesundungskrisis knüpfen, um so stärker beginnen die wertigen Mittelschichten als die Reserve der Bourgeoisie im Kampfe gegen die Arbeiterklasse anzuschließen.

Die SPD und die Gewerkschaftsbureaucratie versuchen diese Entwicklung umzubiegen, indem sie die Lösung der staatlichen Kontrolle der Trusts aufstellen und sogenannte Kontrollämter, Kartellaufsichtämter usw. fordern. Ähnlich der Wirtschaftsdemokratie, dienen den Reformisten diese propagierten Forderungen einzig und allein dazu, die Massen zu täuschen. Aufgabe der Partei ist es, diesem Schwindel von allem Anfang an scharf entgegenzutreten und ihn zu entlarven. Die Erfahrungen mit dem Reichswirtschaftsrat, dem Reichslohnrat u. dergl. beweisen, daß es der SPD bei der Aufstellung dieser Vorlagen nur darauf ankommt, die Massen vom Kampfe um eine wirkliche Kontrolle der Trusts und Monopole durch die Arbeiter und ihre Organe abzuhalten.

Aufgabe der KPD ist es, eine den konkreten Verhältnissen angepaßte Politik zu führen, um die Lösung breiterer Teile der Arbeiterklasse von den reformistischen und opportunistischen Führern der Sozialdemokratie zur KPD und die Umwandlung der Mittelschichten in das Lager der Arbeiterklasse zu fördern. Die Partei muß den härtesten Kampf gegen jede Verschleierung der Lage der Arbeiter durch die kapitalistische Rationalisierung führen, um die relative Stabilisierung des deutschen Kapitalismus zu untergraben, die Regierung des Bürgerkriegs zu kürzen, um an Stelle der Republik der Trustbourgeoisie die Republik der Arbeiter und Bauern zu errichten.

Die erste, auf kriegerische Verwicklungen hinweisende politische und wirtschaftliche Weltlage erfordert die Konzentration aller Kräfte auf die politische Plattform des ZK. Das deutsche Proletariat braucht zur Bewältigung der vor ihm liegenden gewaltigen Aufgaben eine Partei aus einem Guß und mit autoritärer Führung. Um diese Partei zu schaffen, fordert der Bezirksparteitag vom 11. Reichsparteitag, mit den oppositionellen,

innerparteilichen Gruppierungen — die sich fälschlicherweise links nennen — Schluß zu machen, und auch durch eine grundlegende Schulungsarbeit die rechten Abweichungen zu beseitigen, die sich in der Betriebs-, Gewerkschafts- und Parlamentsarbeit zeigen.

Das ZK hat die Aufgabe, alle auf dem Boden der Beschlüsse der Komintern lebenden Genossen zur Arbeit heranzuziehen, um eine weitere Konsolidierung herbeizuführen.

Die Erklärung des Genossen Ernst Thälmer trägt dazu bei, diese Kräfte mit der Partei innerlich zu verschmelzen und die Konsolidierung zu fördern.

Die Genossen Gumbler und Thalheimer haben sich von ihren begangenen Fehlern noch nicht losgelöst. Es ist deswegen der Beschluß des ZK richtig, diese Genossen zu literarischer Mitarbeit unter der Kontrolle des ZK zuzulassen, ohne jedoch den Kampf gegen die von ihnen vertretene falsche Auffassung einzustellen.

Der Bezirksparteitag lehnt es entschieden ab, die Politik der deutschen Partei erneut auf die Linie ziehen zu lassen, durch die die Partei zwischen Frankfurt und Berlin von den Massen isoliert wurde.

Durch die Arbeitsgemeinschafts- und Koalitionspolitik haben die Führer der SPD und die reformistische Gewerkschaftsleitung das Proletariat als Klasse gespalten und alle Revolutionserregungsmomente der Arbeiterklasse der Bourgeoisie kampflös ausgeliefert.

Diese arbeitserfindliche Politik haben die offen reformistischen und scheintraditionalen Führer der Sozialdemokratie mit verteilten Rollen geführt. Die sogenannten linken SPD-Führer bekämpfen und verleumdern die Kommunistische Partei Deutschlands und den ersten Arbeiter- und Bauernkammern Sowjetrußlands und den ersten Arbeiter- und Bauernkammern Deutschlands, als es die Vorwärtsleute und die Müller, Seidl, Hechtle fertigbringen. Damit der täglichen Haltung der linken SPD-Führer spielen die KPD-Leute in den Gewerkschaften auch heute noch eine führende Rolle. Hier hindern sie das Proletariat am Kampfe um seine elementarsten Lebensinteressen. In der Einschätzung der Gefährlichkeit der Rolle der KPD-Gewerkschaftsführer herrscht unter den freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern nur eine Auffassung: die KPD-Leute sind offene Agenten der Trustbourgeoisie in den Klassenorganisationen des Proletariats. Sie aus allen Funktionen der Gewerkschaften zu entfernen, ist das Gebot der Stunde. Demgegenüber führen die angeblichen Führer der SPD ihren Angriff in erster Linie gegen die revolutionäre Opposition in den Gewerkschaften. Dadurch werden die Positionen der KPD-Leute in den Gewerkschaften gestärkt, der Wille und das Wirken der SPD-Arbeiter isoliert, die Handvoll KPD-Vertreter für die Bourgeoisie so wertvoll erhalten, daß die Vermännlichung im Sächsischen Landtag den Ministerpräsidenten Seidl und den Arbeitsminister Eisner, den Anwärter auf den Sekretärposten des Dresdner Ortsausschusses des ADGB,

stellen darf. Praktisch haben die linken SPD-Führer — immer, wenn die Massen der SPD-Arbeiter gegen die Volksgemeinschafts- und Koalitionspolitik rebellieren — durch radikale Redensarten für den Parteivorstand und die KPD die Rolle des Zuträbers gespielt.

Die zurückliegenden Wahlkämpfe in Sachsen sind von der KPD richtig geführt worden. Der Hauptstoß der Partei muß auch künftig gegen die scheintraditionalen Führer der bürgerlichen Sozialdemokratie als die indirekten Stützen der Bourgeoisie geführt werden. Erst durch die Lösung breiterer Arbeitermassen von den reformistischen und scheintraditionalen Führern wird die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat möglich.

Die radikalen Arbeiterelemente in der sächsischen Sozialdemokratie sind durch die Ausschließung der KPD-Leute mit neuen Illusionen erfüllt. Durch die angebliche Reinigung der sächsischen SPD von vollständig verbürgerlichten, auf dem Wege zum Faschismus befindlichen Führern glauben ehrliche Arbeiter innerhalb der Sozialdemokratie, die sächsische SPD-Politik unterwerfen sich grundsätzlich von der Reichspolitik der SPD, durch die sächsische Politik könne die Partei der Moske, Welo, Crippien

Die SPD für die Pensionen der Generale und Minister a. D.

Bei ihrer jüngst mäßig beachteten Sitzung wurde in der Dienstprüfung des Reichstages die zweite Beratung des Reichshaushalts für Versorgung und Pensionen zu Ende geführt. Dabei sagte der Abgeordnete Loibl (Bauer, Volksp.) der Sozialdemokratie einige recht bittere Wahrheiten. Er stellte fest, daß das Pensionengesetz, das den Generalen und Ministern a. D. die riesigen Pensionen sichert, von einer Regierung geschaffen wurde, in der auch Sozialdemokraten saßen. Auch mit der Entlassung der 20 Prozent Erwerbsbeschädigten aus der Kriegsfürsorge habe sich 1923 die SPD ausdrücklich einverstanden erklärt. Wie überhäupt die SPD die volle Verantwortung für das Mannschaftsversorgungsgesetz trage, das ihre Redner in der Agitation demagogisch verdammen. Abg. Loibl (ein ehemaliger Major) tritt selbstverständlich für die hohen Generalspensionen ein. „Die Wehrzahl der pensionierten Offiziere lebt geradezu in Elend. Die kriegsbeschädigten Mannschaften sind ursprünglich gar nicht



Werttätige! Werbt für eure Zeitung, die Arbeiterstimme!

zur Partei Sebels und Wilhelm Liebknechts zurückgeführt werden.

Gegen diese Aktionen ehrlicher SPD-Arbeiter muß die gesamte Partei beharrlich und mit großer Geduld antworten. Insbesondere die Lösung von den parlamentarischen Illusionen muß im verstärkten Maße durchgeführt werden, weil der fortschreitende Lösungsprozeß von diesen Illusionen durch verstärkte außerparlamentarische Arbeit in Betrieb, Gewerkschaft, Sport- und Kulturbewegungen ein wichtiges Moment der Vorbereitung der Revolution und der revolutionären Aktion der Massen bedeutet.

Durch die Auslösung scharfer außerparlamentarischer Kämpfe auf den verschiedensten Gebieten muß die Kritik der sächsischen Bourgeoisie verstärkt werden, wozu auch die Forderung des Proletariats nach Auflösung des Landtages ein wichtiges Mittel ist.

Die Partei muß den oppositionellen Arbeitern in der Sozialdemokratie an Hand aller Erscheinungen der Tagesläufe beweisen:

- a) Der Weg der deutschen Sozialdemokratie ist falsch; richtig war und ist der Weg der russischen Arbeiterklasse unter Führung der Bolschewiki, den auch wir Kommunisten beschreiten.
- b) Die „Linken“ Führer schwimmen mit dem Strom; sie passen sich jeder Massenstimmung und Bewegung an, sind in der Praxis immer Reformisten, in revolutionären Situationen in Wort und Schrift stets „radikal“, weichen jedoch in jeder entscheidenden Situation vor der Tat zurück, sie sind also ausgesprochene Opportunisten.
- c) Eine politische Partei, wie die Sozialdemokratie der Vorkriegszeit, kann dem Proletariat heute nichts nützen. Eine solche Partei würde erneut am 4. August 1914 beweisen.
- d) Unter der Alleinhegemonie der Trustbourgeoisie braucht das Proletariat eine Partei, in der eine proletarische, freiwillige, aber eiserne Disziplin besteht, um die kapitalistische Republik im Kampfe zu einer Republik der Arbeiter und Bauern umzugestalten.

Da in der SPD sich zeigenden Anzeichen einer, wenn auch noch unklaren und unorganisierten Opposition müssen von der Gesamtpartei genau studiert und mit allen Kräften gefördert werden.

Der sächsische Bezirk hat bei den Wahlen zum Landtag und in den Gemeinden nennenswerte Erfolge errungen. In Ostpreußen hat die KPD ihren höchsten Einflußstand vom Januar 1924 wieder erreicht. Doch wäre es mehr als schmerzhaft, durch diese und andere Erfolge die Augen zu schließen vor den großen Mängeln, die der Bezirksorganisation heute noch anhaften. Die Mängel der Partei zeigen sich:

- a) Unzureichende Schulung sowohl theoretisch wie für die Tagesarbeit im Betrieb, der Gewerkschaft und im Parlament.
- b) Unzulängliche Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften, Genossenschaftlichen und porterganisationen.
- c) Verkennen der Notwendigkeit systematischer Fraktionsarbeit im KPD, ADGB, NSDAP und Mieterorganisationen, sowie einer aktiven Tätigkeit in den Kulturverbänden.
- d) Mangel der organisatorischen Auswertung unseres Einflusses unter den proletarischen Frauen, der arbeitenden Jugend und den Mittelschichten.
- e) Unzureichender Stand und ungenügende Arbeit der Parteibezirke.
- f) Ueberhäufung der Leitungen mit Aufgaben ohne Besetzung der Posten.
- g) Unzureichende Kontrolle, Selbstkritik, Arbeitsleistung und Durchbildung der Leitungen.
- h) Heranbildung von Arbeiter- und Dorikorrepondenten, Ausbreitung des Einflusses der Partei durch systematische Werbung für das Parteiorgan und der Heranbildung von Betriebs- und Strazenzellen.

Stürmischer Verlauf einer GAZ-Launa

Ausschluß der Opposition — Solidarität der Delegierten
Berlin, 28. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)
Auf der Generalversammlung der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ-Jugend) kam es zu stürmischem Auseinandergehen zwischen der Mehrheit und der Opposition, die mit dem Ausschluß der führenden oppositionellen Funktionäre endete. Mit den Ausscheidenden solidarisierten sich über ein Drittel der Delegierten und die überwiegende Mehrheit der anwesenden Gäste, indem sie ebenfalls unter stürmischem Protest die Generalversammlung verließen. Der Anlaß zu diesem Vorgehen war die Herausgabe eines gedruckten Kundbriefes der Opposition, in dem die Führung der bisherigen Politik der SAJ als unproletarisch angegriffen und an Stelle der Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Jugendverbänden das Zusammengehen mit den Kommunisten gefordert wird.

Die Einheitsfront der proletarischen Frauen

Berlin, 28. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)
In dem Festsaal des Preussischen Landtages tagte gestern die zweite Groß-Berliner Frauen-Delegierten-Konferenz, an der insgesamt 197 weibliche Delegierte teilnahmen. Davon waren 123 Arbeiterinnen aus Betrieben und 74 Hausfrauen. Politisch organisiert waren 80 Frauen und Mädchen, gemeinschaftlich organisiert waren 73. Nach einem Referat „Die Frau im Kampfe während der Nationalisierung“ wurden verschiedene Resolutionen und ein Brief an die Arbeiterinnen der Großbetriebe einstimmig angenommen.

Der Faschismus in Deutschland

A. Sch. Heber die organisatorischen Träger des Faschismus in Deutschland herrschen unter der Arbeiterschaft noch reichlich unklare Vorstellungen. Diese Unklarheit führt teils zu einer Labor, teils zu einer Unterdrückung der faschistischen Gefahr.

Si die vor einigen Monaten erfolgte Spaltung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei und die Etablierung einer unabhängigen nationalsozialistischen Partei oder die kürzlich erfolgte Spaltung der Deutschsozialistischen Freiheitspartei, ist ferner der katastrophale Stimmenrückgang dieser Parteien bei den Wahlen in den letzten Jahren — ist das alles ein Beweis für den Verfall des Faschismus in Deutschland?

Daraus nicht. Was hier in Erscheinung tritt, ist nichts anderes, als der Zerfallprozess derjenigen Organisationen und Gruppen, die bis Ende November 1923 die hauptsächlichsten organisatorischen Säulen des deutschen Faschismus darstellten. Die faschistische Bewegung bis Ende 1923 wurde im Süden Deutschlands in der Hauptsache durch die NSDAP (Hitler-Partei), im Norden und Osten durch die Deutschsozialistische Freiheitspartei (Gräbe, Müller) repräsentiert. (Eine ganze Reihe von kleineren und mittleren militärischen Verbänden, z. T. in sogenannten Dachorganisationen zusammengefasst, wie im Tannenbergbund, Vereinigten vaterländischen Verbänden Bayerns, Vereinigten vaterländischen Verbänden Deutschlands), ergänzten das Bild der faschistischen Bewegung bis Ende 1923.)

Mit der Ende 1923 einsetzenden politischen Neuorientierung der deutschen Bourgeoisie (Ausbildung des Ruhrkrieges und Beginn der „Berständigungsperiode“ mit Frankreich; Beendigung der Inflation und Stabilisierung der Wirt) entzog die deutsche Großbourgeoisie auch jenen Organisationen und Parteien ihre treuhändige Hand, die bis zu diesem Zeitpunkt die Prätorianerwachen der deutschen Bourgeoisie gegenüber der deutschen Arbeiterschaft und die Träger eines eventuellen militärischen Widerstandes gegenüber den Entente-Mächten darstellen konnten, die aber auch eine gewisse Gefahr für die deutsche Bourgeoisie bildeten, weil in diesen Organisationen starke Kleinbürgerlich-nationalrevolutionäre, z. T. antisozialistische Strömungen vorhanden waren, die die Scheinradikale Phrasologie der Nationalsozialisten für ihre Zwecke nahmen. Ohne die „Hitlerische“ Send ausländischer Regierungen und deutscher Kapitalisten mußte die faschistische Bewegung, wie wir sie bis 1923 kennen, zusammenbrechen. Dazu kommt, daß mit der einsetzenden Stabilisierung mehr noch als bei den Arbeitern bei den Kleinbürgerlichen und Mittelständlichen die Illusionen auf eine Rückkehr „stabiler“ Verhältnisse sehr stark an Boden gewonnen haben, und daß sich das Kleinbürgertum demzufolge auch politisch gern wieder der Führung der Großbourgeoisie anvertraute.

Die Nationalsozialisten, die von der aus dieser Periode des deutschen Faschismus überkommenen Organisationen heute die aktivsten sind, haben sich der veränderten Situation insofern anzupassen versucht, als sie den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit aus dem agrarischen Süddeutschland in die Industriezentren verlegt haben (Sachsen, Mitteldeutschland, Berlin, rheinisches Industrie-

gebiet). Die NSDAP sucht ihre Anhänger nicht mehr in erster Linie in den Reihen des Kleinbürgertums und der Mittelständlichen, sondern versucht vor allem unter dem Industrieproletariat Boden zu gewinnen. Und hier sucht sie es wiederum in der Hauptsache unter den Schichten, die durch wirtschaftliche Not am ehesten für den Scheinfaschismus der Nationalsozialisten empfänglich sind (Erwerbslos und zum Teil schon desfallene Proletariat). Neuerdings haben die Nationalsozialisten ihre Agitation aber auch unter den verelendeten Kleinbauern (Bauern) mit allem Nachdruck aufgenommen. Doch werden sie nie wieder die Bedeutung erlangen, die sie bis zum November 1923 gehabt haben. Ihr Erfolg liegt in einem großen Mißverhältnis zu ihrer organisatorischen Stärke. In Groß-Preußen haben sie beispielsweise nur circa 2000 Anhänger.

Mit der einsetzenden relativen Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaft in Deutschland verändert sich das Gesicht des deutschen Faschismus. Seine organisatorischen Träger werden in der Hauptsache die Ende 1923, Anfang 1924 schnell emporwachsenden faschistischen Wehrverbände, vor allem der Stahlhelmbund der Jungdeutsche Orden, der Wehrmacht und eine Reihe kleinerer Organisationen, die entweder, wie Oberland, Bildungsbund und Olympia, mehr den Charakter einer Wehrorganisation (Militärkader) haben, oder die in ihrer Ausdehnung örtlich oder provinziell beschränkt sind.

Die führenden faschistischen Wehrverbände, wie Stahlhelm und Jungde, stehen in einem direkten Abhängigkeitsverhältnis zu den führenden Parteien der deutschen Großbourgeoisie oder ausschlaggebender Wirtschaftsklassen der deutschen Großbourgeoisie.

Zu den genannten faschistischen Wehrverbänden kommen noch einige bedeutende Organisationen, die man nicht als ausgesprochene Wehrverbände ansprechen kann, z. B. der Ruffahrerbund, in dem die Rittkavereine zusammengefasst sind, der Deutsche Offiziersbund, der Nationalverband deutscher Offiziere, um nur die größten und bedeutendsten zu nennen.

Zahlenmäßig ergibt sich nach bürgerlichen Zeitbeständen folgendes Bild über die Stärke der angeführten Verbände: Stahlhelmbund einschließlich 100 000 Jungdeutscher 1 600 000, Wehrmacht 85 000, Jungde 70 000, Bildung 8000, Olympia 3000, Ruffahrerbund 3 500 000, Deutscher Offiziersbund 100 000, Nationalverband deutscher Offiziere 15 000, zusammen 4 781 000 Mitglieder.

Mit ruhigem Gewissen können diese Zahlen um 50 Prozent reduziert werden. Aber selbst wenn wir rund 2 Millionen Anhänger dieser Organisationen annehmen, so ist das noch eine bedeutende Zahl, die aber einermachen der Wirtschaftsentwicklungen dürfte. Dabei sind aber die schließlichen kleineren Wehrverbände lokalen Charakters gar nicht inbegriffen. Ferner ist das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold mit circa 1—1,5 Millionen Mitgliedern nicht in diese Rechnung einbezogen.

Das hier aufgeführte Bild ist noch unvollkommen. Denn auch die bürgerlichen Sportorganisationen gehören in den Rahmen dieser Betrachtungen. (Fortsetzung folgt.)

Verteilung-Schwur-Weiß

Kolter Frontkämpferbund
Montag, den 28. Februar:
Abteilung 1, Zug 4, Abends 7.30 Uhr Jugendversammlung im Brauhaus.

Dienstag, den 1. März:
Groß-Dresden. Alle erwerbslosen Kameraden abends 8 Uhr Stellen am Büro, Jakobstraße, zur Einlieferung des Kam. Hartmann aus Keulitz.

Groß-Dresden. Die Einlieferung des Kameraden Hartmann erfolgt Dienstag 8.30 Uhr in Tolkewitz. Die Dresden-erwerbslosen Kameraden sollen mit Verteilungsarbeiten um 8 Uhr am Gaubüro.

Ortsgruppe Bautzen. Abends 8 Uhr bei Hilboms Feldau, wichtige Versammlung. Lieberblücher mitbringen.

Mittwoch, den 2. März:
Ortsgruppe Bautzen. Abends 7.30 Uhr bei Gähler 3. Etage, abend mit Versammlung.

Freitag, den 4. März:
Groß-Dresden. Vollmitgliederversammlung. Thema: ... aufgegeben. Die Abteilungen werden sich für diese Versammlung bereitstellen. Lokal wird noch befristungsgemäß. Ortsgruppenführung.

Rote Jungfront
Abteilung 2, Abends 7.30 Uhr Abteilungsverammlung bei Mittel, Pilschblond.

Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, Bezirk Dresden-Mittstadt. Montag, den 28. Februar, abends 7.30 Uhr: Neuhof wichtige Versammlung im Rittkav. Unterbahnstraße 8. Vortrag des Herrn Oberleutnant über Sowjetrußland. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Protokollische Kriegsoffizier und Arbeitsmilitärs als Gäste willkommen.

Arbeiter Sport

Fußballsport am Sonntag

Breslau—Süd gegen DSB 1910 0:8 (0:4).
Fortuna, Döllau (Halle) gegen Raumburg 88 5:4 (2:2).
Cotta—Döbelner Fußballklub 4:2 (2:2). Cotta übertraf sich in diesem Spiele selbst und spielte während der ganzen Spieldauer den Angreifer. DSB enttäuschte unangenehm. Die Angriffe dieser Mannschaft waren weniger erfreulich und verließen meist schon im Sande.
Spielvereinigung 02—Deuben 1:3 (1:2). Die Gäste gewonnen verdient.
Helios—Eintracht 4:2 (4:1). Dem Spielverlauf nach ein unverdienter Sieg Helios'. Eintracht läßt einen Eismeterball unausgenutzt.
Potschappel—Wilsdorf 11:0 (7:0). Die Gäste passen sich in der ersten Hälfte ihrem Gegner besser an. Nach dem Wechsel Sappia Wilsdorf vollkommen zusammen und mußte, erst recht hoch geschlagen, den Heimweg antreten.
Sportverein 91—Weißig (Auscheidungsspiel) 3:1 (0:0). Ein dem Arbeiter Sport ungewohntes Spiel. Beide Mannschaften haben auf Grund der Leistungen und Vorkommnisse moralisch keinen Anspruch auf die 1. Klasse. In der ersten Hälfte ein unbefriedigendes Spiel. Die zweite Hälfte brachte besseren Fußball, wurde aber bedeutend härter durchgeführt.
DSB 15—Birkigt 5:1 (4:1). DSB leicht überlegen.
Rühlig—WZ 12 1:3 (0:3) (Auscheidungsspiel). WZ überlegen Rühlig verlor verdient.
Klagische—Rabenau 3:2. Reigersdorf, der eigentliche Gegner, jagt es vor. Al. zum dritten Male im Stich zu lassen. Rabenau bringt in letzter Minute ein. Die Gäste brachten eine unnütze Partie ins Spiel.

Oberlausitz

WZ 1 Zöbau—Großdubrau 1 8:3 (5:0). Beide Mannschaften trafen sich im Bekämpfungsspiel in Zöbau. Trotz schlechter Bodenbeschaffenheit jederseits flottes, ansprechendes Spiel.
Reichenau 1—Bartau 1 7:4 (4:1). Dieses Resultat hätte man wohl kaum voraussetzen können. Reichenau beweist damit erneut keine aufsteigende Form.
Bautzen 1—Wader 1 Witzig 6:0 (2:0). WZ Bautzen vermochte dem Gegner eine erneute empfindliche Niederlage beizubringen. Der aufgeweckte Wader verlor viel schöne Momente.
Zittau 1—Beirtenmannshaus Krausau (ESM) 7:1. Dieser Sieg der Zittauer erscheint ziemlich hoch. Man hätte von den Gästen Besseres erwarten können.
Ritzschau—Doberschau 2 7:1. Ritzschau scheint sich herausgemacht zu haben. Dieser Erfolg ist für die Serie nichtverderblich.
Großhennersdorf 1—WZ 2 Zöbau 1:0. Die neu aufgestellte zweite Elf des WZ bewies erstmalig ihr Können und legte die Gäste reichlich hoch hinein. Großhennersdorf war wenig vom Glück begünstigt.
Obersdorf 1—Zittau 3 2:0. Zittau 2—Reigersdorf 2 2:4.
Reichenau 2—Bautzen 1 2:2. Bautzen 3—Schnitz 2 3:0 (abgebrochen).
Bautzen 1, Jugend—Wader Gdrlich 1, Jugend 0:3.

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiter-Sport- und Kulturvereine Dresden-OH. Die Arbeitsgemeinschaft veranstaltet am 20. und 21. August d. J. ein Werbefest. Damit diesem Feste die volle Werbekraft erhalten bleibt, bittet die Arbeitsgemeinschaft die Arbeiter-Sport- und Kulturvereine in den anderen Dresdener Bezirken von Veranstaltungen an diesen Tagen abzusehen.

Sportabteilung der Freien Turner Oberdorf hält am Freitag, den 4. März, abends 8 Uhr auf dem Kalkstein ihre Monatsversammlung ab.

Arbeiter-Jahresfeier, Gruppe Dresden. Dienstag, den 1. März, 8 Uhr: Gedächtnisabend in der Linde.
Arbeiter-Militären, Sportverein Grafies. Monatsversammlung am 2. März im Bismarck Hof, Mittelstraße. Alle Mitglieder müssen anwesend sein. 26. März Familienabend im Bismarck Club, Köhlerstraße, Köhlerstraße, Köhlerstraße.

Vereinstartell Köhlerbroda. Mittwoch, den 2. März, abends 7.30 Uhr, findet im Goldenen Anker eine öffentliche Versammlung statt. Vortrag des Gen. Besche über die Aufgaben und den Aufbau des Kartells.

Deutscher Arbeiter-Kriegsbund, Ortsgruppe Weihen.
Am 23. 1., 30. 1., 6. und 13. 2. 1927 wurden in unserer Ortsgruppe im 4x100-Meterkampf die drei Städtemannschaften für 1927 ermittelt.

Als besondere Leistungen sind zu nennen:
Höchstwurf: 10 Kugeln Spg. Waier 71 Dalg.
50 Kugeln Spg. Schramm 307 Holz.
100 Kugeln Spg. Richter 573 Holz.
400 Kugeln Spg. Müller 2139 Holz.

1. Mannschaft: Köhler 570,3 Punkte; Müller 566,9; Richter 566,7; Kiedner 560,2; Menck 556,2; Reinhardt 556,2; Freudenberger 555,7; Beufert 552,6; Dörich 552,6; Grünberg 544,6.

2. Mannschaft: Bach 542,9 Punkte; Jilmann 542,8; Knie 541,3; Dörich 539,9; Schramm 539,4; Krause 539,2; Lehner 538,6; Grau 538,3; Löwe 538,8; Haupt 529,5.

3. Mannschaft: Schubert 529,9 Punkte; Hoffmann 524,9; Richter, Hd. 523,8; Söring 523,7; Kiemer, C. 520,3; Littel, R. 514,3; Lau 511,1; Imhof 511,1; Jähni 510,6; Schreiber 510,1.
Erschleute: Kühne 510,1, Seibel 500,8 und Richter 508,6.
Die erste Mannschaft (1.ter) tritt am 20. März in Weihen zum Städtkampf Chemnitz-Weihen an.

Versammlungs-Kalender

Kommunistische Partei
Montag, den 28. Februar:
Deuben. Kulturabteilung hält wegen dringender Arbeiten des Genossen Renner bis auf weiteres aus.

Dienstag, den 1. März:
26 Deuben. 7.30 Uhr Gasthof Deuben wichtige Konferenz aller Parteigenossen die in der Partei und überparteilichen Organisationen Funktionen ausüben.
Versammlung sämtlicher Wandarbeiter und Musiker in Stadt Braunschw. abends 7.30 Uhr.

Deutscher Thurnik. Zusammenkunft aller Mitglieder des Konsumvereins Tutschik zu einer Besprechung Beiers Restaurant in Thurnik abends 7.30 Uhr. Wichtige Sitzung.

Dienstag, den 1. März:
Tharandt. Gewerkschaftenversammlung im Erdgericht vormittags 9 Uhr.
Mittwoch, den 2. März:
Neustadt-Weiß. 7.30 Uhr Fortsetzung des Kulturabteilung im Bürgerhof. Fragenbeantwortung nicht vergessen!

Kommunistischer Jugendverband
Dienstag, den 1. März:
Groß-Dresden. Stadtteil- und AG-Letterführung im Partebureau, Columbusstraße Nr. 9 abends 7.30 Uhr. Von Gruppen, die keinen Stadtteil- oder AG-Letter haben, müssen die Gruppenleiter erscheinen.

Arbeitsgemeinschaft Weihen u. Um. Es können sich aus anderen Gruppen noch Jugendgruppen, sowie mit uns sympathisierende junge Mädchen und Frauen, welche gewillt sind, mit zum Reichsjugendtag (Dienstag 1927 nach Hamburg zu fahren, meldet bei Genossin K. Bors, Raubgasse, Liner Str. 4, 1. Frühpreis per Auto beträgt 17 M. Abfahrtszeit: Donnerstag, den 14. April, abends 6 Uhr von Deuben.

Jugend-Spartakus-Bund
Montag, den 28. Februar:
Südwest. Raue Spiele.
Sprechchor Groß-Dresden.
Montagsprobe fällt aus. Dienstag, 1. März, abends 6.30 Uhr, nur für die Genossinnen Probe im Gaubüro des NSD, Jakobstraße 15. Erscheinen jeder Genossin ist Pflicht.

Gesundheits- und soziale Fragen im Haushaltsausfluß A des Sächsischen Landtags

Im Haushaltsausfluß A kam es bei dem Kapitel III Medizinapolizei und dem Kapitel 27 Frauenkliniken zu lebhaften Aussprachen und heftigen Debatten.

Es zeigte sich wiederum, daß die geschlossene Front der Bürgerlichen, der Aufwärtler und der MSPS nichts übrig hatte für die wichtigsten Belange der Volksgesundheit und vielfach als geschlossener Block zusammen stimmte gegen die kommunistischen Anträge.

Bei dem Kapitel 27 wurden 500.000 RM für eine Frauenklinik im Vogtland beantragt. Weiterhin wurden Anträge gestellt, daß endlich die Regierung den Schlußbericht für das Sanatorium, der schon vor Jahren mit Mehrheit im Sächsischen Landtag angenommen war, durchführe.

Die Regierung hat bisher sich über die Belange des Landtages in dieser Frage hinweggesetzt und suchte auch bei dieser Gelegenheit wieder, indem sie behauptete, es seien keine Mittel vorhanden, die Sache zu verschleppen.

Von der SPD wurde der Antrag gestellt, das Pflege- und ärztliche Personal der Kliniken in die Gruppen 5 bis 7 einzuschließen.

Dieser Antrag wurde dem Ausschuß für Gesundheitsfragen überwiesen.

Bei dem Kapitel Medizinapolizei (Berichterstattung Genosse Dr. Schmidt) kam es bezüglich des Titels, 500.000 Reichsmark für das Hygienemuseum zu bewilligen, zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Parteien.

Die Kommunistische Partei und die SPD standen ebenso, wie die Wirtschaftspartei auf dem Standpunkt, daß jetzt keine Mittel für diese Zwecke zur Verfügung gestellt werden können, während der Finanzminister selber von der Wirtschaftspartei für die Auswertung dieser 500.000 RM für das Hygienemuseum plädierte.

Es wurde dann ein Antrag auf Vertagung dieses Punktes gestellt, der auch mit Mehrheit angenommen wurde.

Einstimmig wurde im Ausschuß erzielt über die mangelhafte Nahrungsmittelkontrolle, und es wurde u. a. der Fall des Fleischwursters Nutloss in Leipzig, welcher bereits verordnete Würstchen wiederum in Bräuhäusern verarbeitet hatte; ferner die Trichinoseerkrankungen im Vogtland angeführt als Beweis dafür, daß die Nahrungsmittelkontrolle in Sachsen ungenügend sei. Es wurden deshalb weitere Mittel für den Ausbau der Nahrungsmittelkontrolle beantragt und auch angenommen.

Genosse Dr. Schmidt beantragte, für hygienische Volkserziehung den ausgeworfenen Betrag von 2500 RM auf 25.000 Reichsmark zu erhöhen.

Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Bürgerlichen mit Einschluss der MSPS abgelehnt.

Zum ein Antrag, bei der Reichsregierung eine Forderung des Impfgeldes zu beantragen, verfiel ebenfalls der Ablehnung.

Angenommen wurde jedoch folgender Antrag der SPD-Fraktion: von wiederholten Bestrafungen bei Impferweigerung absehen, falls von den Erziehungsberechtigten eine Erklärung abgegeben wird, daß sie aus Verlangen für das Leben und die Gesundheit ihrer Kinder ihre Zustimmung zur Impfung nicht geben können.

Mit der Annahme dieses Antrages auch im Plenum ist der Forderung aller dieser Rechnung getragen, welche die Bildung der Staatsämter bei der Durchführung des Reichsimpfgeldes verlangten und, soweit es im Rahmen des Reichsimpfgeldes möglich war, in dann in Sachen die obligatorische Zwangsimpfung aufgehoben.

Ein Antrag der SPD, die Verstaatlichung des Hebammenwesens durchzuführen, wurde abgelehnt.

Tagegen wurde einstimmig der Antrag der SPD, bis zur Durchführung der Verstaatlichung dafür Sorge zu tragen, daß die Bezahlung der Hebammen bei Schwangerschaftsbeschwerden gewährleistet wird; ebenso daß höhere Sätze für die Hebammenzölle zu gewähren sind, einstimmig angenommen.

Die Anträge der kommunistischen Fraktion, die Sätze für Krankenhilfe von 50 Pf. auf 2,50 RM täglich und das Stipendium von 25 Pf. auf 1 RM täglich zu erhöhen und dafür entsprechende Mittel im Etat einzustellen, wurden mit Mehrheit angenommen.

Einstimmig angenommen wurden ferner folgende, von uns gestellte Anträge: Zu verordnen:

1. daß bei Abgabe von Medikamenten die Rezeptverordnung auf den Schachteln, Flaschen und anderen Behältern anzugeben ist;
2. daß um schwindelhafte Ausbeutung der Bevölkerung durch die Apotheken und chemischen Fabriken zu verhüten, möglichst deutsche Bezeichnungen, Maß- und Gewichtsangaben im Dezimalsystem angegeben werden und eine scharfe Überwachung über die Preisbildung durchgeführt wird;
3. daß bei Einlieferung von Personen in Irrenanstalten, der Eingelieferte innerhalb 24 Stunden vom dem zuständigen Bezirksarzt untersucht wird, über das Untersuchungsergebnis ein Protokoll angefertigt wird und dieses dem zuständigen Kurator vorgelegt wird;

4. daß Anträge auf Entlassung, welche von heilbaren Geisteskranken und Angehörigen von Geisteskranken gestellt werden, den Kuratorangehörigen vorgelegt werden.

Der Antrag bezüglich der Einlieferung von Personen in Irrenanstalten und ebenso der über die Entlassung auf ihren Antrag hin, waren dringend notwendig, da es vielfach vorgekommen ist, daß Personen welche gar nicht geisteskrank waren, gegen ihren Willen in die Irrenanstalten eingeliefert und festgehalten wurden, und es erst nach vieler Mühe gelang, denselben die Freiheit wiederzugeben.

Die Anträge bezüglich der Apothekenverordnungen machten sich dringend notwendig, weil die Apotheken und chemischen Fabriken vielfach in schwindelhafter Weise mit minderwertigen Mitteln die Bevölkerung ausbeuten.

Obwohl eine Reihe dieser Anträge im Ausschuß angenommen wurde, ist es immer noch fraglich, ob die Bürokratie der sächsischen Regierung — selbst wenn dahingehend Beschlüsse im Plenum gefaßt werden, diese Beschlüsse durchzuführen wird, da es sich zur Genüge gezeigt hat, daß die sächsische Bourgeoisie und die Parteien, welche zu ihr in Hilfsstellung stehen, keineswegs geneigt sind, bei Rücktritt der Beschlüsse des Landtages die Vertrauensfrage zu stellen.

Der Vorwärts für den englischen Imperialismus

Berlin. Von der Berliner Presse bemerkt zur Note Englands an die Sowjetunion der Vorwärts, daß Deutschland weder für England noch für Rußland Stellung nehmen dürfe, daß vielmehr sofort eine Verständigung mit Frankreich angestrebt werden müsse. Beide Staaten würden vereint eine Macht darstellen, die den Frieden des europäischen Kontinents gegen alle Eventualitäten sicherstellen könnten. Selbstverständlich kann sich der Vorwärts einen Seitenblick auf die Sowjetunion nicht verkneifen. So behauptet er, der russische „Sozialismus“ sei äußerlich imperialistischer Art, und der englische Arbeiter, konterpartia regiert, sehr bedeutend tiefer und besser als der russische. Der Vorwärts fordert, daß die Gegensätze wieder ausgeglichen werden. Jam Schluß schreibt er:

Den durch den englischen Imperialismus unterdrückten Völkern gehören unsere Sympathien. Aber daß wir uns zu ihrer Befreiung in einen neuen Weltkrieg stürzen werden, das wollen wir nicht verlangen. Nur uns, d. h. für Deutschland, bleibt also nichts als der feste Entschluß zur Neutralität und die Sicherung dieser Neutralität durch Zusammenhaken mit Gleichgesinnten. So kommt man eben wieder auf die Formel zurück: Deutschland und Frankreich.

Kann der Vorwärts also in der Befreiung der englischen Note nicht die offen antisowjetische Linie einhalten, so legt er sie an anderer Stelle fort. In einer Besprechung des Be-

3 ROTES REICHSTREFFEN DES RFB

BERLIN 4.-7. JUNI 1927

irrsparriges Berlin-Brandenburg-Paß der SPD behauptet er, es gibt einen kommunistischen Imperialismus der bisher Rußland am Beitritt zum Völkerbund verhindert hat.

Das Berliner Tageblatt schreibt zur Note: Die Note ist nicht so angenehm, daß sie unmittelbar Folgen nach sich ziehen würde. Aber sie zeigt, daß England bereit ist, den Kräften, die von Rußland ausgehend, seine Machtstellung in der Welt zu erschüttern zu versuchen, und dies mit Erfolg rechnen haben — China und der Verlauf des Bergarbeiterstreiks mit seinen lehrreichen sozialen Folgen —, alles zu begegnen. Niemand weiß, auch die Engländer werden es nicht wissen, wohin, wieweit der Gegenstoß führen kann. In solchen Tagen ist der gewiß aufrichtig bestehende Wunsch, den Krieg zu vermeiden, auf die Dauer durchaus keine ausreichende Garantie für die Erhaltung des Friedens.

Das souveräne Volk und der Volkswohlfahrtsminister

Des preussischen Reiches Hausbesitzerwohlfahrtsminister legt seine Demonstration- und Aufklärungskampagne fort. Hat er erst mit seiner berühmten Kooberverordnung bemerkt, daß sich für ihn „Volkswohlfahrt“ deckt mit Wohlfahrt für die Besessenen, hat er erst vor kurzem gezeigt, daß das Wohl und Wehe der Hausbesitzer ihm qualvoll am Herzen liegt.

Herr preussischer Volkswohlfahrtsminister Hirtfelder ist keine Ausnahmeerscheinung. Er ist kein Ausnahmeminister, der sich prinzipiell von seinen anderen Ministerkollegen unterscheidet. Er ist ein guter, treuer Sachwalter der Kapitalisten; in sein Ressort fallen die Hausbesitzer.

Zeigte der Hirtfelder mit seiner Verordnung den Arbeitern, den kleinen Geschäftsleuten und kleinen Gewerbetreibenden, was Geistes Kind er ist, so hat er mit seinen jüngsten Verfügungen trefflich demonstriert, wach reifen Wert das Parlament im „demokratischen Freistaat Preußen“ überhaupt hat.

Gegen den Volkswohlfahrtsminister begehrte nämlich das Volk auf. Seine Abgeordneten, die souveränen Vertreter des Volkswillens — wie uns das die demokratischen Gesundheitsminister erzählen —, bereiteten dem Minister eine parlamentarische Niederlage und beschloßen, daß die Verordnung, die ursprünglich am 1. April in Kraft treten sollte, erst ab 1. Oktober gültig sei.

Wenn die demokratischen Prinzipien in der Praxis wirklich Geltung hätten, anßer zum Verdammen der dreiten Klassen des werktätigen Volkes — bitte, dann mühte der Hirtfelder verschwinden. Mindestens aber hätte er sich dem Reichstag des durch seine Abgeordneten vertretenen souveränen Volkes fügen müssen.

Herr Hirtfelder — Zentralminister in der preussischen Regierung Weimarer Koalition — pflegt dreist und gottesfürchtig auf den Landtagsbeschlüssen. Er hielt sich nicht in der Lage, den durch die Verordnung vom 11. November 1926 geschaffenen Rechtszustand (das Recht der Hausbesitzer, ihren unbebauten Grundbesitz nach Belieben zu steuern) aus dem Geschäftsräumen zu schießen, d. h. durch Ausführungsbestimmungen oder durch eine neue Verordnung in irgendeiner Richtung abzuändern.

Er hielt sich nicht in der Lage! Er pflegt auf den Landtagsbeschlüssen, weil er als Volkswohlfahrtsminister zwar nicht das Volk, wohl aber die Interessen der Kapitalisten zu vertreten hat.

Wahrlich, ein Beispiel, das trefflich den Wert der Demokratie illustriert!

Und wie der Hirtfelder, so das ganze preussische Ministerium! Es bedient, das Vorgehen Hirtfelders voll und ganz zu unterstützen und die Hirtfelder-Verordnung weiter auszuheben, noch auszuheben! Sozialdemokratische Minister, die sonst nicht genug über den Wert demokratischer Prinzipien und der Demokratie schwärzen können, erklären den Reichstag — den ihre eigenen Parteigenossen mit angenommen haben — für einen Dreck auf den sie keinen Wert legen.

So ist der Fall Hirtfelder nicht nur ein Beispiel dafür, wie jede bürgerliche Regierung gegen die breitesten Massen des werktätigen Volkes kämpfen muß, sie sind auch ein Beispiel dafür, daß diese „Demokratie“ sich sofort selbst entlarven muß, wenn demokratische Beschlüsse auch nur an die Interessen der Kapitalisten zu stoßen wagen.

Gewerkschaftliches

Gewerkschafts-Informationenabend in Meissen.
Dienstag, den 1. März, abends 7.30 Uhr im Gewerkschaftshaus spricht Genosse Schwarz aus Dresden über Krankenkassen- und Versicherungswesen. Alle Parteimitglieder müssen an diesem wichtigen Abend anwesend sein.
Gewerkschaftsleitung.

Aktion Gemeinde- und Staatsarbeiter!
Dienstag, den 1. März, abends 7.30 Uhr im Restaurant Hindelsen, Theaterstraße, wichtige Fraktionssitzung. Es ist Pflicht aller in hiesigen Betrieben arbeitenden Genossen zu erscheinen. Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern ist mitzubringen.
Die Fraktionsleitung.

DER SPITZEL

Von Maxim Gorki

(130. Fortsetzung.)

Der Budlige bewegte die breiten Schultern, zog den Mund zu einer großen, schmale Spalte auseinander und sagte:

„Dafür können wir zu Zwangsarbeit verurteilt werden.“

Er blinzelte zuerst Zerkow und dann den Hausherrn an. Klimow hatte aufmerksam zugehört, und das verlesene Schriftstück wie die Unterhaltung der beiden hatte ihm wie ein Rätsel gelungen. Er fühlte, daß alle diese Worte in seinen Kopf eindringen und sich dort für immer festsetzen. Den Mund halb geöffnet, schaute er mit großen Augen bald auf den einen, bald auf den andern, und selbst als der düstere Blick des Budligen ihn traf, ward er nicht verlegen, sondern sah wie bezaubert von dem, was er vernommen hatte.

„Das ist aber furchtbar“, meinte der Budlige zu Pfeifchen.

„Was treibst du da, Klimow?“ fragte dieser starrsinnig.

„Pfeifchen war der Hals ganz ausgetrocknet, erst nach einem Schloß antwortete er:“

„Ich höre zu.“

Und plötzlich ertrot er aus ihren Mienen, daß sie ihm nicht trauten und ihn fürchteten. Er erhob sich vom Stuhl und begann zu sprechen, doch es klang ganz wie, was er sagte:

„Ich werde niemand etwas sagen. Ich hatte auch schon solche Gedanken... erlauben Sie mir, zuzuhören... Ich habe Ihnen ja schon gesagt, Kapitän Zwanowitsch, daß es nötig ist, alles irgendwie anders einzurichten...“

„Stehst du?“ fragte Pfeifchen, während er mit dem Finger auf Klimow wies. „Stehst du, Anton?“ Da — was ist das? Noch ein grüner Junge, und auch er sagt's: es muß anders werden... ein anderes Leben muß kommen... Daher schloßen jene ihre Kraft...“

„Nun — ja“, sagte der Budlige.

„Pfeifchen wurde ängstlich und ließ sich auf seinen Stuhl nieder. Pfeifchen begann mit finstern zuckenden Brauen zu sprechen, wobei er sich zu ihm hinneigte.“

„Du mußt nämlich wissen — wir beide schreiben einen Brief an den Zaren und bitten ihn, die strengsten Maßregeln gegen“

die wegen politischer Unzuverlässigkeit unter Aussichts stehenden zu ergreifen, versteht du?“

„Ich verstehe“, antwortete Klimow.

„Diese Leute“, begann langsam und deutlich der Budlige, „sind Agenten ausländischer Staaten, hauptsächlich Englands; sie bekommen ein riesiges Gehalt dafür, daß sie das russische Volk aufwiegeln und die Macht unseres Reiches schwächen. Die Engländer tun das, um zu hindern, daß wir ihnen Indien abnehmen.“

Sie sprachen beide abwechselnd zu Zerkow — endete der eine, so begann der andere, und Zerkow hörte zu und demüßte sich, ihre schwierigen Reden zu behalten. Er ward schließlich ganz müde und trauerte von der angewohnten Gehirnarbeit. Es war ihm, als mühte er sich gleich, schon im nächsten Augenblick irgend etwas ganz gewaltiges begreifen, das über das ganze Leben, über alle Menschen, über all ihr Unglück und ihre böse Erregung Licht verbreiten würde. Es war ihm im höchsten Maße angenehm, daß zwei kluge Männer mit ihm wie mit einem Erwachsenen sprachen, und er empfand ein lebhaftes Gefühl der Dankbarkeit und der Verehrung für diese Männer, die arm und schlecht angezogen und dabei um die Schaffung eines anderen Lebens so bejourn waren. Doch ward ihm der Kopf schwer, als wäre er mit Blei angefüllt, und vom Gefühl einer lästigen Fülle in der Brust bedrückt, schloß er unwillkürlich die Augen.

„Geh, leg' dich hin und schlaf“, sagte Pfeifchen.

Klimow stand beschweiden auf, entkleidete sich langsam und legte sich auf den Dwan.

Die Herbstnacht wehte eine warme, wäzige Feuchtigkeit ins Zimmer; am schwarzen Himmel zitterten immer höher und höher steigend, Tausende blinkender Sterne, und das Licht der Lampe zuckte auf und schien gleichfalls höher emporzuströben. Die beiden Männer läsen und sprachen miteinander weit vorgebeugt, ganz leise, mit wichtiger Miene. Klimow war alles so geheimnisvoll, und es war dem lauschenden Knaben, als würde da etwas Neues, Gutes, Erhebendes geboren.

Acht's Kapitel

Schon nach einigen Tagen des Zusammenlebens mit Kapitän Zwanowitsch war Klimows Selbstbewußtsein ganz gehörig gewachsen. Früher hatte er mit dem in der Kängel dienenden

den Polizeiheldaten immer nur leise und ehrerbietig gesprochen, jetzt dagegen rief er den alten Patente in strengem Tone zu sich heran und tadelte ihn ernsthaft:

„Schau her... in meinem Tintenfaß sind Fliegen... Wie soll ich denn schreiben?“

Der im Dienst ergrante, mit Kreuzen und Medaillen behängte Soldat erklärte mit gewohnter Gleichgültigkeit und Respektlosigkeit:

„Tintenfass sind hier vierunddreißig, Fliegen aber in die Tausende. Sie wollen alle trinken, darum trinken sie eben in die Tinte. Was sollen sie sonst tun?“

„Woß' das Tintenfaß aus und gieß frische Tinte ein.“ besah Klimow, ging dann in die Toilette, stellte sich vor den Spiegel und betrachtete aufmerksam sein fahles, ekiges Gesicht, mit der Keinen, spitzen Nase und den blassen Lippen. Er suchte auf der Oberlippe nach den Ansätzen eines Schnurrbartes und schaute in keine wägrigen, unüber blickenden Augen.

„Ich muß mir die Haare schneiden lassen.“ sagte er sich, als es ihm nicht gelang, die hellen, dünnen Haarbüschel auf dem Kopf zu glätten. „Und dann muß ich auch gestärkte Kragen tragen, sonst erscheint mein Hals zu dünn.“

Am selben Tage noch ließ er sich des Abends die Haare schneiden, kaufte zwei Kragen und fühlte sich nun noch mehr als Mensch.

Pfeifchen war freundlich und nett gegen ihn, doch blinzelte häufig in seinen Augen ein spöttisches Lächeln auf, das Klimow verwirrte und ängstigte. Wenn der Budlige kam, nahm das Gesicht des Alten einen belorgenen Ausdruck an, seine Stimme klang kreisch, und auf alle Reden des Freundes antwortete er nur mit abgerissenen Worten:

„Nicht so wichtig... nicht so... nein, du bist nicht klüger als ich! Dein Gehirn ist wie ein schlecht schließendes Gewehr — es zerstreut die Gedanken nach allen Seiten; schließ doch! daß die ganze Ladung ins Ziel geht!“

Der Budlige schüttelte düster den Kopf und antwortete mit seiner tiefen Stimme:

„Wart's ab — was gut werden soll, muß langsam gemacht werden... Man muß daran arbeiten...“

„Die Zeit geht hin — der Feind erstickt!...“

(Fortsetzung folgt.)

